

## Nicht ohne gute Arbeit

**Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dafür setzen sich DGB und Gewerkschaften ein.**

**Energiewende.** In diesen Tagen werden entscheidende Weichen in Sachen Klimaschutz und Energiewende gestellt. Die Bundesregierung hat am 3. Dezember das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ beschlossen. Gleichzeitig tagt noch bis Mitte Dezember in Lima die Weltklimakonferenz. Mit dem Energie-Effizienzprogramm und neuen Vorgaben für Kohlekraftwerke will die Bundesregierung die selbst gesetzten Klimaziele doch noch erreichen, die Deutschland nach dem derzeitigen Stand verfehlen würde. Bis 2020 sollen die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent reduziert werden. Im Zentrum der Maßnahmen stehen Einsparungen von 25 bis 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch einen geringeren Energieverbrauch, etwa durch

energetische Sanierungen und bessere Dämmung. Die energetische Gebäudesanierung soll mit zusätzlichen 1,2 Milliarden Euro gefördert werden.

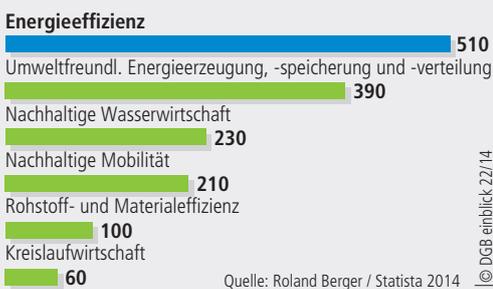
„Die im Klimapaket vorgestellten Maßnahmen gehen in die richtige Richtung“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Der DGB unterstütze das Vorhaben, zusätzliche Maßnahmen für die Treibhausgasreduktion einzuleiten. „Im Vorfeld der Klimaverhandlungen stärkt dies die Vorbildfunktion der deutschen Energiewende für eine nachhaltige Entwicklung“, so Körzell. Nun komme es darauf an, die Maßnahmen konkret zu gestalten und dabei auf jeden Fall auch die Interessen der Beschäftigten zu berücksichtigen.

Besonders bei der Energieeffizienz in Gebäuden und Unternehmen und im Verkehrsbereich muss aus Sicht des DGB mehr geleistet werden als bisher. „Dazu liefert das Klimapaket gute Ideen und Ansätze. Sie müssen umgesetzt und weiterentwickelt werden“, so Körzell. Gemeinsam mit anderen Verbänden hat der DGB das Bündnis Effizienzwende gegründet. Die Bündnispartner sind überzeugt: In Sachen Energieeffizienz geht noch mehr (siehe Seite 2).

Gute Arbeitsplätze sind den Gewerkschaften wichtig. Sie fordern in ihrer Stellungnahme zu den Effizienzvorhaben, dass „Gute Arbeit“ Voraussetzung für staatliche Förderung wird. „Wir wollen eine Energiewende ohne Arbeitsplatzrisiko, aber mit Wachstum, Klimaschutz und mit bezahlbaren Strompreisen“, fasst Körzell zusammen. „Bei allen Entscheidungen zur Energiewende muss Maßstab sein, dass Arbeitsplätze in der Energieerzeugung wie in den energieintensiven Wirtschaftszweigen gestärkt und gesichert werden.“

### Arbeitsmarkt mit Zukunft

Anzahl der Beschäftigten in der Umwelttechnik in Deutschland nach Bereichen 2013 (in Tausend)



Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz boomen – nicht erst seit dem Klimapaket der Bundesregierung. Auch bei den neuen Jobs müssen Arbeitsbedingungen und Bezahlung stimmen, fordern die Gewerkschaften.

### • INHALT

- 3 Mindestlohn**  
DGB-Gewerkschaften bleiben dran
- 5 Europa**  
Am Scheideweg
- 7 Tarifrunde 2015**  
Mehr Geld, mehr Zeit

### Jetzt unterschreiben!

**Energiepolitik.** Eine Unterschriftenaktion „für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze“ haben IG BCE, IG Metall, IG BAU, ver.di, EVG, NGG und GdP gestartet. Die Schirmherrschaft für die Aktion hat der DGB übernommen. Gemeinsam fordern die Gewerkschaften eine Neuorientierung der Energiepolitik. Einen wirtschaftlichen, innovativen und sozialverträglichen Energiemix aus erneuerbaren Energien, Kohle und Gas halten sie für erforderlich, damit die Energiewende zum Erfolg wird. „Bezahlbare Energiepreise sind ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Sie seien nicht nur für die privaten VerbraucherInnen und die Industrie wichtig, sondern auch für die öffentliche Infrastruktur und den Personennahverkehr. ●

! [www.bit.ly/bezahlbarer\\_strom](http://www.bit.ly/bezahlbarer_strom)

### • PLUS/MINUS

**+ Sylvia-Yvonne Kaufmann (SPD), Berichtserstatterin des Europaparlaments für das REFIT-Programm der EU-Kommission, setzt sich dafür ein, dass es „keine Deregulierung auf Kosten von Schutzstandards für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt geben“ darf. Mit dem Programm will die EU-Kommission bürokratische Hürden in Europa abbauen.**

**- Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, hält die Kritik am Investorenschutz in TTIP für ein „Argument, das letztlich nicht überzeugend ist“. Damit werde versucht, das Abkommen „schlecht zu reden“. „Als das ‚Chlorhuhn‘ tot war, mussten sich die Gegner schnell etwas anderes überlegen“, so Grosse-Brömer.**

### • IM NETZ

[www.dgb.de/einblick/hintergrund](http://www.dgb.de/einblick/hintergrund)

Für eine Effizienzwende im Sinne der Beschäftigten – Anforderungen des DGB an die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie

# CETA nicht zustimmungsfähig

**Freihandelsabkommen.** Kein Schutz von Arbeitnehmerrechten und öffentlichen Dienstleistungen sowie ein problematisches Investitionsschutzkapitel, das sind die wichtigsten Punkte, die der DGB an dem Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU kritisiert. „CETA erfüllt nach wie vor nicht unsere Anforderungen“, fasst DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell die Kritik zusammen. Die Bundesregierung müsse ihren Einfluss auf die EU geltend machen, damit der Vertrag grundlegend überarbeitet werde. Schließlich sei das Abkommen noch nicht gültig, und Änderungen seien möglich. „Der Investorenschutz gehört gestrichen“, so Körzell.

In einem Positionspapier des DGB-Bundesvorstandes heißt es: Im Gegensatz zu den Verhandlungen über das Abkommen mit den USA, TTIP, habe es bei CETA kaum öffentliche Debatten gegeben. Diese Diskussion müsse nachgeholt werden. Sollten keine substanziellen Änderungen mehr vorgenommen werden, erwartet der DGB, dass der Rat, das Europäische Parlament und auch der Deutsche Bundestag die Ratifizierung von CETA ablehnen. Da der Abschluss mit Kanada als Blaupause für TTIP gilt, bestehe ansonsten die Gefahr, dass die weitgehenden Liberalisierungsvorschriften und Investitionsschutzregeln auf TTIP übertragen werden. ●

! [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## Steuererleichterungen in Europa

**Prüfauftrag.** Die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament will wissen, welche Länder die besten Steuerbedingungen für Unternehmen bieten. Sie hat einen Untersuchungsausschuss beantragt, der individuelle Absprachen zwischen Staaten und Unternehmen unter die Lupe nehmen soll. Geprüft werden soll auch, ob die EU-Kommission in der Vergangenheit ihrer Aufgabe nachgekommen ist, bei Steuerabsprachen zu klären, ob es sich um illegale Staatsbeihilfen handelt. Die Fraktion braucht für diesen Ausschuss die Unterstützung von mindestens einem Viertel der ParlamentarierInnen und die Zustimmung der Fraktionsvorsitzenden. ●

## ● DATEN UND FAKTEN

### Mehr Arbeit als vereinbart

Aussagen von Beschäftigten zur Einhaltung bzw. Überschreitung der vertraglichen Arbeitszeit (Anteile in Prozent)

#### arbeiten länger als vereinbart

59

arbeiten entsprechend ihrem Vertrag

38

arbeiten kürzer als vereinbart

3

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2014

© DGB einblick 22/14

*Gefühl von Hetze und Belastung. Je größer die persönliche Freiheit umso geringer sei der Stress, geben 54 Prozent der Befragten an, die einen hohen Gestaltungsspielraum haben. Die Umfrage belegt aber auch, dass bei größerer Freiheit die unbezahlten Überstunden zunehmen. Die Arbeitszeiten stärker nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten, gelingt in Unternehmen mit einem Betriebs- oder Personalrat erheblich besser. Mit einer Interessenvertretung haben 42 Prozent mehr Spielraum bei Arbeitsbeginn oder -ende, ohne sind es nur 26 Prozent. Für den DGB heißt die Konsequenz, dass gute Arbeitsbedingungen „flankierende Regelungen“ benötigen, um zu verhindern, dass „eine größere Arbeitszeitsouveränität durch ständig steigende Leistungsanforderungen aufgefrisst wird“.*

! [www.dgb-index-gute-arbeit.de](http://www.dgb-index-gute-arbeit.de)

**Beschäftigte wollen Eigenverantwortung – auch bei der Arbeitszeit.** Wer seine Abläufe zeitlich selbst bestimmen kann, fühlt sich als Arbeitskraft auch geschätzt. Nach dem **Report 2014 des DGB-Index Gute Arbeit** mindert die Möglichkeit, kurzfristig einen Tag Auszeit zu nehmen, das

## Qualifikation erhalten

**Meisterbrief.** Die Bundesregierung soll gegenüber der EU-Kommission sicherstellen, dass die Reglementierung von Berufen „eine autonome Entscheidung der Mitgliedstaaten“ bleibe. Das Handwerk stehe für die Leistungs-

und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands und sei wichtig für den Verbraucherschutz. Der Meisterbrief garantiere eine hohe Ausbildungsqualität. In dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD wird die Bundesregierung aufgefordert, das „System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe zu stärken“. ●



Weniger wird mehr  
#effizienzwende

## Neues Bündnis

**Effizienz.** Das neu gegründete Bündnis Effizienzwende will das Thema Energieeffizienz vortreiben. Der gerade von der Bundesregierung beschlossene Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) schöpft aus Sicht des Bündnisses das Potenzial für Energie-Einsparungen längst nicht aus. Initiatoren des Bündnisses sind neben dem DGB die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF), das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), die Klima-Allianz Deutschland, der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) und der WWF Deutschland. ●

! [www.effizienzwende.de](http://www.effizienzwende.de)

## Minijobs abschaffen

Wenn Minijobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern, sollten sie abgeschafft werden. Das hat das niedersächsische Sozialministerium in einem Antrag auf der diesjährigen Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder gefordert. Dort, wo Minijobs sinnvoll sind, sollten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. „Minijobs sind keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sondern eine Konkurrenz für sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse“, begründet die Antragstellerin, Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD), ihre Forderung. 14 ihrer 16 LänderkollegInnen stimmten dem Antrag zu, der die Bundesregierung auffordert, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

## ● TELEGRAMM

**Langzeitarbeitslose** sind die Verlierer der Haushaltspolitik. Die „schwarze Null“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, sei arbeitsmarktpolitisch negativ. Gespart wird bei der Förderung und bei den Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose.

**Die Opfer von Menschenhandel** wollen die Grünen besser schützen. In der Begründung zum „Gesetzentwurf zur Verbesserung der Situation von Opfern von Menschenhandel in Deutschland“ heißt es: „Immer mehr Menschen werden im Zusammenhang mit Menschenhandel Opfer von physischer und psychischer Gewalt.“  
! [www.bit.ly/MenschenhandelGrüne](http://www.bit.ly/MenschenhandelGrüne)

Über **Crowdworking und Crowdsourcing** will die Bundesregierung wissenschaftliche Erkenntnisse sammeln. Erste Forschungsaufträge würden derzeit erarbeitet, erklärt das Bundesarbeitsministerium.

**Grüne Jobs** seien nicht automatisch gute Jobs, betont DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Es sei deshalb positiv, dass die „Forschungsagenda Green Economy“ der Bundesregierung das Thema Arbeit und Qualifizierung aufgreife.

Deutschland soll für **ausländische Fachkräfte** attraktiver werden. Eine neue Hotline des Bundeswirtschaftsministeriums berät die ZuwandererInnen. Das Angebot ist mehrsprachig.  
! [www.make-it-in-germany.com/hotline](http://www.make-it-in-germany.com/hotline)

# Schäuble belastet Start

Mit dem Start des gesetzlichen Mindestlohns am 1. Januar 2015 ist für den DGB das Thema nicht erledigt. Die Gewerkschaften werden aktiv die Umsetzung des Gesetzes und mögliche Veränderungen begleiten.



**Mindestlohn.** Einen „historischen Erfolg“ feierten die Gewerkschaften am 11. Juli, nachdem das Mindestlohn-Gesetz auch die letzte Hürde, den Bundesrat passierte. Rund zehn Jahre dauerte der Kampf um die bessere Bezahlung, die knapp vier Millionen Menschen ein besseres Auskommen sichern soll. Gut einen Monat, bevor der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde in Kraft tritt, hat die Bundesregierung zwei Verordnungen verabschiedet, die zu massiven Änderungen ausgerechnet in Problembranchen führen.

Der DGB hoffe, dass die Bundesregierung ihre Position revidiert und „noch zur Vernunft kommt“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die beiden Verordnungen, die das Finanzministerium am 19. November dem Kabinett vorlegte, betreffen „mobile Tätigkeiten“. Wer Post oder Pakete zustellt, Abfall sammelt, Zeitungen austrägt oder auch die Straße reinigt, muss um die korrekte Bezahlung fürchten. Die Arbeitgeber sind nun nicht mehr verpflichtet, die exakte Arbeitszeit zu dokumentieren, wie ursprünglich im Gesetz vorgesehen. Bereits heute werden diese Beschäftigten nach Arbeitsleistung bezahlt, die oft in der vorgegebenen Zeit nicht zu erledigen ist. Eine ausführliche Dokumentation hätte das gezeigt. Jetzt sind die Unternehmen raus aus der Pflicht, die tatsächliche Arbeitszeit aufzuschreiben – und

zu entlohnen. Reichen soll nun die Angabe über den von Seiten des Arbeitgebers geplanten Zeitaufwand.

Die zweite Verordnung betrifft ausländische Beschäftigte, die entsendet oder verliehen werden. Ein Bereich, der heute schon schwer kontrollierbar ist. Nun werden die Entsende-Firmen auch noch von bisher geltenden Meldepflichten befreit. Mit Widerstand von Arbeitgeberseite gegen den Mindestlohn habe der DGB gerechnet, doch dies sei „eine Attacke erster Güte“, kommentiert Hoffmann. Der DGB prüft, ob er gegen die Verordnungen rechtlich vorgehen kann.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske kritisiert, dass die Verordnungen gerade die Branchen betreffen, „die schon in der Vergangenheit“ unter massivem Lohndruck gelitten hätten. Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger sieht sie vor allem als Behinderung der ohnehin nicht ausreichenden Kontrollen. Denn „unter dem Deckmantel Bürokratieabbau“ würden nun „bewusst weniger Kontrollen eingeplant“. Die zuständige Kontrolle Schwarzarbeit (FKS), der 1600 zusätzliche Beschäftigte zugesagt wurden, würde selbst damit unter Personalmangel leiden: Die FKS benötige mindestens 10 000 MitarbeiterInnen, also eine Aufstockung von über 3000 Kontrolleuren fordert Feiger. ●

www.dgb.de/-/r2a

## Jetzt geht es los

**Aktionen.** Zum Mindestlohnstart informiert der DGB mit zahlreichen Aktionen bundesweit. Seit 1. Dezember gibt es auf der DGB-Homepage einen Adventskalender, der jeden Tag eine Frage zum Mindestlohn beantwortet. Gleichzeitig läuft online eine „Count-down-Uhr“, die die Tage bis zum 1. Januar herunterzählt. In einer Broschüre wurden alle Informationen zum Gesetz kompakt aufbereitet. Der DGB-Bezirk Sachsen plant polnische und tschechische Versionen der Info-Broschüre. Für JuristInnen wird es eine spezielle Information geben, die derzeit von der Rechtsabteilung des DGB erstellt wird. Für DGB-Beschäftigte werden Multiplikatoren-Schulungen angeboten.

Infos satt gibt es auch bei einer bundesweiten Pendleraktion an wichtigen Bahnhöfen am 12. Januar 2015. Möglichst viele, die von dem gesetzlichen Mindestlohn profitieren können, sollen von ihren Rechten auch erfahren. Beworben wird vor allem auch die Mindestlohn-Hotline, die ab 2. Januar freigeschaltet ist. Dokumentiert werden alle Aktivitäten im Internet. Außerdem: In einer Fotogalerie zeigen UnterstützerInnen „Gesicht für den Mindestlohn“. ●



## Besser mit Tarif

**Branchen-Mindestlöhne.** In einigen Branchen konnten die Gewerkschaften Mindestlöhne aushandeln, die über dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro liegen. Diese Beschäftigten dürfen auch ab Januar nicht schlechter gestellt werden. Der Tarifvertrag gilt. Dazu gehören Branchen wie das Baugewerbe oder die Gebäudereinigung.

Zudem gibt es Ausnahmen. So erhalten freiwillige PraktikantInnen 8,50 Euro Stundenlohn ab dem vierten Monat, Langzeitarbeitslose nach sechs Monaten. Branchen, die zunächst unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen, müssen nach den abgeschlossenen allgemeinverbindlichen Tarifverträgen spätestens ab 2017 ebenfalls mindestens 8,50 Euro zahlen. ●

## Kontrolle unmöglich

**Handlungsbedarf.** Der DGB mahnt seit langem eine bessere Besetzung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) an: „Die heutige Belegschaft der zuständigen Finanzkontrolle ist völlig überfordert“, so DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Personalstärke der FKS, die die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen erstellte, bestätigt das. Aktuell sind von 6869 Planstellen rund 600 besetzt. Von den zugesagten 1600 Beschäftigten sollen 320 ab 1. August 2015 einsetzbar sein. Jährlich kämen dann 320 bis zum Jahr 2019 hinzu. Gleichzeitig aber werden jährlich 190 Stellen altersbedingt vakant. Schon heute arbeite die FKS an ihrer Belastungsgrenze, sagt die Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Für effektive Prüfungen sei die „Personaldecke schlicht zu gering“. Das öffne „Tür und Tor für Trickereien“. ●

## Mindestlohn-Hotline

Fragen zum Mindestlohn beantwortet ab Januar die Mindestlohn-Hotline der Gewerkschaften. Die Hotline **0391/4088003** ist vom **2. Januar bis 31. März 2015 frei geschaltet**. Erreichbar ist sie **montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr** und **samstags von 9 bis 16 Uhr**. Beratung gibt es auch auf Türkisch, Polnisch, Bulgarisch und in anderen osteuropäischen Sprachen, jedoch nicht zu allen Zeiten. Beschäftigte können Verstöße gegen das Gesetz melden. Falls individuelle Unterstützung erforderlich ist, werden Ratsuchende an die zuständige Gewerkschaft vermittelt, die allerdings nur Gewerkschaftsmitglieder umfassend unterstützen kann. Aber auch das kann jede/r schnell und unbürokratisch werden.

## ● IM NETZ

[www.dgb.de/mindestlohn](http://www.dgb.de/mindestlohn)

Alle Infos zum Mindestlohn und zu den Aktionen der kommenden Monate

## Entschädigung vereinbart



**Textilindustrie.** Die Modefirma C&A zahlt nun doch. 120 Menschen verloren im November 2012 bei einem Feuer in der Textilfabrik „Tazreen“ in Dhaka, Bangladesch, ihr Leben, weil die Notausgänge verschlossen waren. Hunderte wurden schwer verletzt. Zwei Jahre nach der Katastrophe haben der internationale Gewerkschaftsdachverband IndustriALL, dem IG Metall und IG BCE angehören, und die Kampagne für Saubere Kleidung eine Vereinbarung mit C&A geschlossen. Geplant ist ein Fonds mit ähnlichen Entschädigungsprinzipien wie für die Opfer der Hatastrophe in der Textilfabrik „Rana Plaza“. C&A hat eine angemessene Summe für den Fonds zugesagt.

Weitere Firmen, für die in „Tazreen“ genäht wurde, sind unter anderem Walmart und Disney. Keine

von ihnen hat bisher Entschädigungen an die Überlebenden und die Familien der Opfer geleistet. Die deutsche Kette KIK ließ bis kurz vor dem Brand in der Tazreen-Fabrik Waren fertigen. Zwar hat KIK informell Entschädigungen zugesagt, sich jedoch bisher nicht offiziell festgelegt und nichts gezahlt. Für Jyrki Raina, Generalsekretär von IndustriALL ist die Vereinbarung mit C&A ein Signal für andere Firmen, ebenfalls in den Fonds einzuzahlen. „Die Opfer dieser Tragödie haben lange genug gewartet“, so Raina. ●

! [www.bit.ly/Tazreen](http://www.bit.ly/Tazreen)

## Familienbewusste Arbeitszeiten

**Tagung.** Die Möglichkeit, Familie und Beruf gut miteinander zu vereinbaren, hängt wesentlich davon ab, ob Aus- und Arbeitszeiten flexibel gestaltet werden können. Die familienpolitische Tagung des DGB widmet sich am 17. Dezember in Berlin dem Thema „Arbeitszeiten familienbewusster gestalten! Gewerkschaftliche Perspektiven für die Zukunft“. Familienministerin Manuela Schwesig und die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack erläutern die Faktoren, die zu einer lebenslauforientierten Erwerbsbiografie und partnerschaftlichen Aufgabenteilung beitragen. In verschiedenen Workshops werden gute Beispiele aus der betrieblichen Praxis vorgestellt. Die Veranstaltung ist Abschlussstagung der aktuellen Projektphase des DGB-Projekts „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“. ●

! [www.familie.dgb.de/-/747](http://www.familie.dgb.de/-/747)

## Gegen Rassismus

**Bewerbungsfrist.** Bis zum 16. Januar können Beiträge für den „Gelbe Hand“-Wettbewerb eingereicht werden. Der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ schreibt den Preis gegen Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt seit 2005 aus. Der Wettbewerb richtet sich an junge Menschen, die sich gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb engagieren. Die Darstellungsform der eingereichten Beiträge ist frei – von der Collage bis zum Musik-Clip. ●

! [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

## Nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen



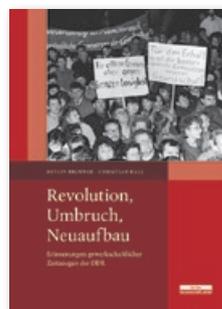
Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Wettbewerbsdruck zulasten der ArbeitnehmerInnen, private Schiedsgerichte für Unternehmen: Was aus den Verhandlungen zum europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen TTIP an die Öffentlichkeit dringt, beunruhigt die Gewerkschaften. Für sie steht fest: Freihandelsabkommen kann es nur mit starken Arbeitnehmerrechten und ohne Investitionsschutz geben. Das DGB-Faltblatt „Fair handeln!“ beschreibt die gewerkschaftlichen Bedingungen für ein transatlantisches Vertragswerk. Ziel ist ein Ansatz, „der den Handel voranbringt, aber gleichzeitig gute Arbeit und Wohlstand für alle fördert“. Dazu gehört auch, dass die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen festgeschrieben – und durchgesetzt – wird. Bisher haben die USA unter anderem die Konventionen zur Vereinigungsfreiheit und zu Kollektivverhandlungen nicht ratifiziert. ! [www.bit.ly/Fair-handeln](http://www.bit.ly/Fair-handeln)

## Gute Praxis gegen Stress

**Workshops.** Das TBS-Netz lädt vom 22. bis 26. April 2015 zur Fachtagung „Psychische Belastungen angehen – und dranbleiben!“ in Berlin ein. 40 ReferentInnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften diskutieren, wie Betriebs- und Personalräte gegen Stress, Burnout, Arbeitsverdichtung und ausufernde Arbeitszeiten initiativ werden können. Branchen- und Fachworkshops richten den Blick auf die Praxis. Im Fokus stehen die Branchen Öffentlicher Dienst, Gesundheit/Pflege und Handel/Gastronomie. ●

! [www.bit.ly/TBS-Netz\\_April](http://www.bit.ly/TBS-Netz_April)

## ● BUCHTIPP



**Detlev Brunner, Christian Hall: Revolution, Umbruch, Neuaufbau. Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR.** Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Be.bra Wissenschaft, Berlin 2014, 144 Seiten, 19,95 Euro.

Die friedliche Revolution von 1989 wäre ohne die Beschäftigten in Ostdeutschland anders verlaufen – oder gar nicht möglich gewesen.

Detlev Brunner und Christian Hall beleuchten im 4. Band der Schriftenreihe zur Geschichte der Gewerkschaften, wie Beschäftigte und neu gegründete Gewerkschaften den Umbruch von 1989 mitgetragen und gestaltet haben. „Ihr Wirken und die gewerkschaftlichen Neugründungen und Reformansätze waren unverzichtbare Voraussetzung“ für die deutsche Einheit, so die Autoren. Gewerkschaftliche Zeitzeugen aus Ost und West kommen zu Wort, die Umbruch und Neuaufbau miterlebt haben. Die Gespräche entstanden im Rahmen eines Interviewprojekts, das von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert und von der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft gefördert wurde.

## ● INTERREGIO

Die Allianz „Sachsen kauft fair!“, die der **DGB Sachsen** mitträgt, überreicht am 12. Dezember eine **Petition** mit 3500 Unterschriften an den sächsischen Landtag. Die UnterzeichnerInnen setzen sich für ein Vergabegesetz ein, das soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. Diese seien „zum Beispiel bei der Beschaffung von Dienstbekleidung für Polizeibeamte oder Feuerwehrleute“ wichtig, betonte die DGB-Bezirksvorsitzende Iris Klöppich.

! [www.sachsen.dgb.de/-/r0j](http://www.sachsen.dgb.de/-/r0j)

Der **DGB Berlin-Brandenburg** protestiert gegen die zwangsweise Frühverrentung von Arbeitslosen. Eine **Unterschriftenliste** mit mehr als 6000 Unterschriften, die gewerkschaftliche Erwerbslosengruppen gesammelt haben, wurde Anfang Dezember an Kerstin Griese (SPD), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, übergeben. Seit 2014 fordern die Jobcenter ältere Arbeitslose massiv dazu auf, einen Rentenantrag zu stellen, oder stellen ihn an ihrer Stelle. Für den DGB ist dies ein Skandal, der zu programmierter Renteneintritt bedeutet Abschlüsse, die für den Rest des Lebens gelten.

# „Wir haben Alternativen“

**Europa muss das Vertrauen der BürgerInnen zurückgewinnen, fordert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Dazu ist ein grundlegender Kurswechsel in der Europapolitik notwendig – weg vom rigiden Sparkurs und vom Wettbewerb der Staaten untereinander hin zu einer Europapolitik, die soziale Mindeststandards für alle EuropäerInnen sichert.**

**Europapolitik.** Das Europäische Sozialmodell befindet sich massiv unter Beschuss – ob durch die Vorgaben der Troika für die Euro-Krisenländer, das REFIT-Programm der EU zum Bürokratieabbau oder die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, „wenn es uns nicht gelingt, unsere Sozial- und Umweltstandards in diesen Verträgen wirksam abzusichern“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die falsche Krisenpolitik der EU und der Mitgliedstaaten habe zu einer drastischen Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit geführt. Nur mit einem grundlegenden Kurswechsel in der europäischen Politik ließe sich das Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt zurückgewinnen, stellte Hoffmann Ende November auf einer gemeinsamen Veranstaltung von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Ruhr-Universität Bochum in Düsseldorf klar. Den Angriffen auf das Europäische Sozialmodell nach dem „TINA-Prinzip – there is no alternative“ setzte er entgegen: „Wir haben Alternativen.“

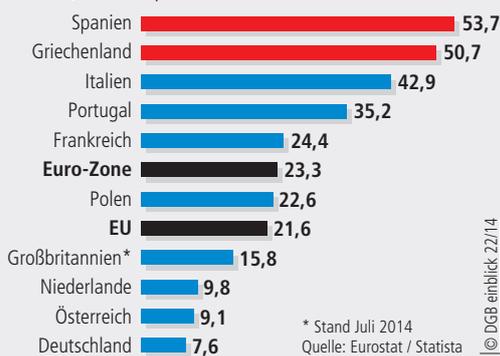
„Die europäischen Gewerkschaften im EGB wollen mehr soziales Europa – in den Verträgen wie im Sekundärrecht“, betonte Hoffmann. „Wir fordern die Kommission auf, eine Renaissance sozialer Mindeststandards einzuleiten. Und dafür ein neues sozialpolitisches Aktionsprogramm – unter Beteiligung der Sozialpartner wie der Zivilgesellschaft – aufzulegen.“ Es sei ein Fehler gewesen, zu glauben, „dass das Dach einer gemeinsamen Währung auf Dauer von einer lockeren Kooperation national unabhängiger Wirtschafts- und Sozialpolitiken getragen werden kann“, so Hoffmann. Es sei grotesk, dass europäische Nationalstaaten in Folge dessen zueinander im Wettbewerb stünden. „Ich bin überzeugt, dass eine gemeinsame Währung dauerhaft nur dann Bestand haben wird, wenn die EU zu

einer echten politischen Union, zu einer Wirtschafts- und Sozialunion ausgebaut wird“, hob er hervor.

Notwendig sei ein „offener Diskurs über Europa“. Als Sofortmaßnahme, um die Nachfrage in Europa zu stärken und das Vertrauen der BürgerInnen zurückzugewinnen, fordert Hoffmann ein Aufbauprogramm, einen Marshall-Plan für Europa. Konkrete Vorschläge dazu haben EGB und DGB bereits vorgelegt. Langfristig müssten Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in Europa durch die Stärkung und Förderung moderner Industrien und Dienstleistungen gesichert werden. Zudem müssten die Finanzmärkte endlich „eine Regulierung erfahren, die diesen Namen auch verdient“.

## Besserung kaum in Sicht

Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Stand September 2014 (in Prozent)



*Vor allem junge Menschen sind europaweit von Arbeitslosigkeit bedroht. In Spanien, Griechenland oder Italien ist rund die Hälfte der unter 25-Jährigen ohne Job. Der jungen Generation eine Perspektive zu bieten, sollte Vorrang in der Politik der EU und der Mitgliedstaaten haben, fordern die Gewerkschaften.*

## Gemeinsam für faire Mobilität

**Deutsch-polnisches Gewerkschaftsforum.** Die Krise des europäischen Sozialmodells und die Rolle von Mindestlöhnen standen im Mittelpunkt des fünften deutsch-polnischen Gewerkschaftsforums Ende November in Warschau. Die gute Zusammenarbeit im EGB und den erfolgreichen Dialog zwischen DGB und polnischen Gewerkschaften stellte Tadeusz Chwalka, Vorsitzender von Forum ZZ, neben der Solidarnosc und der OPZZ einer der drei Gewerkschaftsbünde in Polen, heraus.

„Gewerkschaften müssen heute grenzüberschreitend, europäisch zusammenarbeiten“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der erstmals in diesem Amt an einem bilateralen Treffen europäischer Gewerkschaften teilnahm. Die erfolgreiche Kooperation zwischen polnischen und deutschen Gewerkschaften zeige sich ganz praktisch etwa in den Interregionalen Gewerkschaftsräten Viadrina oder Elbe-Neiße. Ein gemeinsames Ziel sei, die Mobilität der ArbeitnehmerInnen in Europa

fair zu gestalten. Dazu gehört, dass auch die von Polen nach Deutschland entsandten Beschäftigten darüber informiert werden, dass der deutsche Mindestlohn ab 2015 auch für sie gilt. In Polen ist die Höhe des Mindestlohns derzeit ein Streitthema zwischen Regierung und Gewerkschaften. Der soziale Dialog sei in Folge der Wirtschaftskrise massiv gestört. Arbeitnehmerrechte wurden abgebaut, und „vor allem die Beschäftigten tragen die Lasten der Krise“, so der OPZZ-Vorsitzende Jan Guz.

## Nicht ausreichend

### EU-Investitionsprogramm.

Ende November hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einen 315 Milliarden Euro schweren Investitionsplan gegen die Wirtschaftskrise in Europa vorgelegt. Mit der Finanzierung von Telekommunikations- oder Verkehrsvorhaben sowie Investitionen in die Bereiche Energie, Bildung, Forschung und Innovation will die EU die schwächelnde Konjunktur ankurbeln und den anhaltenden Investitionsstau auflösen. „Wenn Europa mehr investiert, wird Europa mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze schaffen – so einfach ist das“, erklärte der Kommissionspräsident bei der Vorstellung des Plans.

Grundsätzlich begrüße der DGB „den Kurswechsel der EU-Kommission, mit einem europäischen Investitionsprogramm gemeinsam gegen Krise und Massenarbeitslosigkeit vorzugehen und das Wachstumspotenzial zu erhöhen“, sagt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Richtig sei, privates Kapital für langfristige Investitionen in die Realwirtschaft zu mobilisieren – „insbesondere da, wo die Kreditklemme den Unternehmen erschwert, ihre Investitionsvorhaben zu finanzieren“.

Um das Wachstum in der EU nachhaltig zu steigern, fordert der DGB-Vorsitzende eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Europa. Die EU-Mitgliedstaaten müssten endlich von ihrer restriktiven Sparpolitik ablassen, ansonsten drohe eine langanhaltende Stagnation der Eurozone.

### IM NETZ

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

„Ein soziales Europa als Antwort auf das europäische Scheitern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ Rede von Reiner Hoffmann auf der Konferenz „Ein soziales Europa ist das Ziel“ vom 21. November 2014 in Düsseldorf

— ● KURZ & BÜNDIG —



Die GdP warnt angesichts bevorstehender Pensionierungen vor Personallücken bei Bundes- und Länderpolizei. „Es muss alles unternommen werden, um den Beruf des Polizisten attraktiver zu machen. Da geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, angemessenen Wohnraum und die Absicherung eines entsprechenden Lebensstandards auch in Hochpreisregionen“, so GdP-Vize Jörg Radek.



Aktiv gegen Missstände in der Ausbildung und für bessere Jobperspektiven will die junge IG BAU vorgehen. „Einer allein kann nur wenig ausrichten. Die junge BAU fördert deshalb die Solidarität und den Kampfgeist einer starken, politisch aktiven Gemeinschaft“, so Carsten Burckhardt, Mitglied im IG BAU-Bundesvorstand. „Unsere Jugendarbeit ist politisch und sexy. Politisch, weil wir uns in aktuelle Themen und Debatten einbringen, und sexy, weil die jungen Gewerkschafter Feiern und politisches Handeln wie bei unserem Sunrise-Festival aufs Charmanteste miteinander zu verbinden verstehen.“



„Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam gegen die strukturelle Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt vorgehen“, sagte IG Metall-Vorstand Christiane Benner, anlässlich des Integrationsgipfels der Bundesregierung Anfang Dezember in Berlin. Eine Möglichkeit seien anonymisierte Bewerbungen, die keine Rückschlüsse auf die Herkunft eines Bewerbers zulassen. Bundesregierung und Wirtschaft unternahmen zu wenig, um junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die einen Hauptschulabschluss haben, beim Berufseinstieg zu unterstützen.

## Vernetzung über Grenzen

**Amazon.** Zu einem Vernetzungstreffen haben sich Ende November im polnischen Wroclaw (Breslau) die für Amazon zuständigen Organisationssekretäre von ver.di und Solidarnosc getroffen. Angeregt und organisiert wurde das Treffen von den Interregionalen Gewerkschaftsräten Elbe/Neiße und Viadrina. Anlass war die offizielle Eröffnung der Amazon-Versandlager in Poznan und Wroclaw Ende Oktober. Noch gibt es keine polnische Amazon-Website, so dass gegenwärtig in den beiden polnischen Amazon-Niederlassungen vor allem für den deutschen Markt gearbeitet wird.

Die Rekrutierung für die polnischen Standorte von Amazon läuft derzeit auf Hochtouren. Insgesamt sollen jeweils 2000 Festangestellte sowie bis zu 3000 Saisonarbeitskräfte eingestellt werden. Die Löhne liegen bei umgerechnet drei Euro pro Stunde für Zehn-Stunden-Schichten an vier Tagen. Die Gewerkschaft Solidarnosc will mit speziellen Teams und Organizing-Methoden in den polnischen Versandlagern von Amazon Gewerkschaftsgruppen aufbauen. „Ziel der grenzüberschreitenden Vernetzung ist es vor allem, Erfahrungen auszu-

tauschen“, erklärt Markus Schlimbach, Präsident des IGR Elbe/Neiße und stellvertretender Vorsitzender des DGB Sachsen. „Wie sind die Arbeitsbedingungen bei Amazon, wie funktioniert die Ansprache von potenziellen Gewerkschaftsmitgliedern, und welche Methoden wendet Amazon an, um Gewerkschaften in ihrer Arbeit zu behindern?“ Ein ähnliches Treffen planen die Interregionalen Gewerkschaftsräte im nächsten Jahr mit den tschechischen Amazon-KollegInnen. Deutschland gilt als wichtigster Auslandsmarkt von Amazon. 2013 erzielte das US-Unternehmen hierzulande einen Umsatz von rund 7,7 Milliarden Euro. ●



Seit November 2012 fordert ver.di von Amazon die Bezahlung der Beschäftigten nach dem Einzelhandelsstarifvertrag. Der Versanddienstleister verweigert bis heute jedes Gespräch darüber – trotz Streiks und zahlreicher Aktionen. Nun wollen sich Betriebsräte und Beschäftigte grenzüberschreitend vernetzen.

Foto: Hubert Thiermeyer

## Menschenwürde und Existenzsicherung

**Berliner Erklärung.** DGB, Erwerbsloseninitiativen, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Bauern- und Umweltverbände haben in einer gemeinsamen Initiative die „Berliner Erklärung“ verabschiedet. Ziel ist es, die Debatte um eine menschenwürdige Existenzsicherung anzustoßen. Zu den Forderungen gehören realitätsgerechte Regelsätze und Sozialleistungen ebenso wie existenzsichernde Arbeitsbedingungen, angemessene steuerliche Grundfreibeträge sowie eine soziale Infrastruktur, die eine sozial gerechte, faire und ökologische Gesellschaft zum Ziel hat, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Die niedrigen Hartz-IV-Sätze seien nicht nur unwürdig für die Betroffenen, sie wirkten sich auch negativ auf die Arbeitswelt aus. Die Folgen seien instabile und prekäre Beschäftigung sowie Einbußen in der Lohnentwicklung, die

einen großen Teil der Beschäftigten treffen. Hartz IV-Leistungen und besonders niedrige Einkommen machten es nahezu unmöglich, fair produzierte Lebensmittel zu kaufen. Dies setzt wiederum Erzeuger unter Druck und geht zu Lasten von Umwelt, Gesundheit und Tieren. Annelie Buntenbach betont: „In diesem Zusammenhang kommt der Höhe der Regelsätze eine zentrale Bedeutung zu. Es braucht ein menschenwürdiges Existenzminimum durch eine methodisch saubere und transparente Ermittlung der Regelsätze sowie Verzicht auf willkürliche Kürzungen.“ Die Verarmung betrifft immer mehr Menschen. 1,3 Millionen müssen ihr Erwerbseinkommen aufstocken, fast eine Million sind auf Grundsicherung angewiesen, zwei Millionen Kinder und Jugendliche leben in Hartz-IV-Haushalten. ● [www.bit.ly/berliner\\_erklaerung](http://www.bit.ly/berliner_erklaerung)

## Strommarkt der Zukunft

**Veranstaltung.** Optionen für eine sichere, kosteneffiziente und umweltverträgliche Energieversorgung stehen im Mittelpunkt des Ende Oktober vorgelegten „Grünbuch Strommarktdesign“ der Bundesregierung. Der Anpassungsbedarf aus Sicht der Gewerkschaften ist das Thema der DGB-Veranstaltung „Strommarkt der Zukunft – Evolution oder Revolution“ am 29. Januar in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin. DGB-Vorstand Stefan Körzell und der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis erklären, was aus Sicht von DGB und Gewerkschaften notwendig ist, um den Strommarkt der Zukunft zu gestalten. Eine Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten soll Aufschluss geben, wie die politischen Parteien die gewerkschaftlichen Anforderungen beurteilen. ● [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Anzeige



**arbeitsorientierte Fach- & Kongress-Buchhandlung**

Schneller Bestell- und Lieferservice

Girardetstr. 2-38  
45131 Essen  
Tel. 0201/72 04 440  
[www.buchkontext.de](http://www.buchkontext.de)  
[buchhandel@buchkontext.de](mailto:buchhandel@buchkontext.de)

Die Alternative

# Mehr Geld und mehr Zeit

**Die IG Metall hat für die ab Januar anstehende Tarifrunde 2015 in der Metall- und Elektroindustrie ein Forderungspaket aus Entgelterhöhung um 5,5 Prozent, Bildungsteilzeit und verbesserter Altersteilzeit geschnürt. IG-Metall-Tarifexperte Stefan Schaumburg erläutert das Paket und die Ziele der IG Metall.**

**Tarifrunde 2015.** Die IG Metall wird in der kommenden Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie neben der Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 5,5 Prozent auch zwei qualitative Forderungen erheben: die Ergänzung der Qualifizierungstarifverträge um die Regelung einer geförderten Bildungsteilzeit und einen verbesserten Altersteilzeittarifvertrag. Das hat der Vorstand der IG Metall Ende November 2014 beschlossen. Er fasste damit die mehr

**„Die IG Metall will mit der Einführung einer Bildungsteilzeit die Rechte der Beschäftigten auf berufliche Bildung stärken.“**

als zehnmonatige Diskussion in den Betrieben, Gremien und bezirklichen Tarifkommissionen zusammen.

Die IG Metall will die verlässliche und erfolgreiche Tarifpolitik der letzten Jahre fortsetzen. Mit der Entgelterhöhung soll den Mitgliedern ein fairer und angemessener Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung gesichert werden. Die qualitativen Forderungselemente setzen die lange Tradition der IG Metall fort, auch tarifpolitisch den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in den Betrieben und den konkreten Anliegen der Beschäftigten Rechnung zu tragen. Diese qualitativen Forderungen wurzeln dabei zum einen in einer großen Beschäftigtenbefragung der IG Metall von 2013. Zum anderen will die IG Metall Antworten auf zwei wichtige Fragen der Arbeitswelt der Zukunft geben: den demographischen Wandel und die massive Veränderung von Tätigkeiten und Qualifikationsanforderungen. So könnten ernstzunehmenden Forschungsergebnissen zufolge durch die Digitalisierungsprozesse in der Arbeitswelt bis zu 40 Prozent der heutigen Tätigkeitsbilder überflüssig werden. Gleichzeitig werden die Belegschaften immer älter – und in den Unternehmen mangelt es an nachhaltigen Beschäftigungskonzepten und altersgerechten Arbeitsplätzen. Deshalb will die IG Metall die Rechte der Beschäftigten auf berufliche Bildung stärken und flexible Altersübergänge langfristig absichern.

Der Bedarf an beruflicher Weiterbildung ist hoch. Für die Menschen hängen davon berufliche Sicherheit, Perspektive und Entwicklungsmöglichkeiten ab. Leider scheitert Bildung trotz großen Interesses oft an mangelnder Zeit oder daran, dass die Beschäftigten sich eine Auszeit für Weiterbildung nicht leisten können. Hier setzt die Idee der Bildungsteilzeit an. Beschäftigte sollen ähnlich der Altersteilzeit in einer Arbeitsphase voll arbeiten und sich anschließend genauso lange bezahlt für eine Weiterbildung freistellen lassen

können. Auch eine bezuschusste Teilzeit, während der man eine Weiterbildung machen kann, und ein Freistellungsmodell mit Stipendium sollen geregelt werden. Die Bildungsteilzeit ist insbesondere gedacht für Beschäftigte auf Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen, Ausgebildete und Fachkräfte, die eine Anschlussqualifikation machen wollen oder Menschen, die einen beruflichen Wechsel anstreben.

Zur langfristigen Sicherung flexibler Altersübergänge will die IG Metall die bisherige Altersteilzeit verbessern und langfristig absichern. Neben der Anpassung an das jüngste Rentenpaket der Regierung soll eine neue Altersteilzeit für Beschäftigte in den unteren Entgeltgruppen und belasteten Beschäftigtengruppen durch stärkere Förderung mehr Ausstiegchancen eröffnen. Auch neue Übergangsmodele sollen ermöglicht und eine Anpassung an die veränderten Rentengesetze vorgenommen werden.

Darüber hinaus will die IG Metall durch Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen den Mitgliedern sowohl ein höheres Realeinkommen als auch einen angemessenen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung sichern. In der Forderung von 5,5 Prozent sind sowohl der verteilungsneutrale Spielraum aus Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank und mittelfristiger Trendproduktivität von derzeit zusammen 3,5 Prozent als auch eine Umverteilungskomponente von zwei Prozent berücksichtigt.

Wirtschaftlich ist die Höhe der Forderung angemessen: 2014 hat die Metall- und Elektroindustrie eine hohe Netto-Umsatzrendite von 3,6 Prozent ausgewiesen.

**„Wirtschaftlich ist die Höhe der Forderung angemessen.“**

Trotz der eingetrübten Stimmung im zweiten Halbjahr 2014 sind die Aussichten der wirtschaftlichen Entwicklung gut, und alle Wirtschaftsinstitute gehen für das Jahr 2015 von einem soliden Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent aus. Auch angesichts der großen Bedeutung der Binnennachfrage für die stabile wirtschaftliche Lage in Deutschland ist die Höhe der Forderung gerechtfertigt: Sie ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und Entwicklung.

So durchdacht und begründet das Forderungspaket der IG Metall ist, so schwierig wird dessen Durchsetzung. Direkt nach dem Forderungsbeschluss des IG Metall-Vorstandes zeigten die heftigen Reaktionen von Gesamtmetall die ablehnende Haltung der Arbeitgeber. Die IG Metall stellt sich deshalb auf eine schwierige Tarifrunde 2015 ein. ●



Foto: IG Metall

Stefan Schaumburg leitet den Funktionsbereich Tarifpolitik beim IG Metall-Vorstand.

## Nachholbedarf

**Tarifforderungen.** Deutschland hat Nachholbedarf bei der Lohnentwicklung. Das meinen nicht nur die Forscher des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung – das sagen auch die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank. Das IMK hält Lohnsteigerungen in Deutschland um deutlich mehr als drei Prozent für sinnvoll und notwendig.

Neben der IG Metall (siehe nebenstehenden Beitrag) hat der Hauptvorstand der IG BCE Mitte November die Leitplanken für die kommende Chemie-Tarifrunde gesetzt und einstimmig eine Forderungsempfehlung beschlossen. Danach sollen die Entgelte zwischen vier und fünf Prozent steigen, die Laufzeit des neuen Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen. Außerdem will die Gewerkschaft den Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ weiter entwickeln und den bestehenden Demografie-Fonds ausbauen. Die endgültige Tarifforderung will die IG BCE Ende Januar 2015 beschließen.

Auch der Hauptvorstand der NGG hat Ende November eine tarifpolitische Empfehlung beschlossen, nach der die Entgelte und Ausbildungsvergütungen in der Lebensmittelindustrie, im Lebensmittelhandwerk sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe im nächsten Jahr um bis zu 5,5 Prozent steigen sollen.

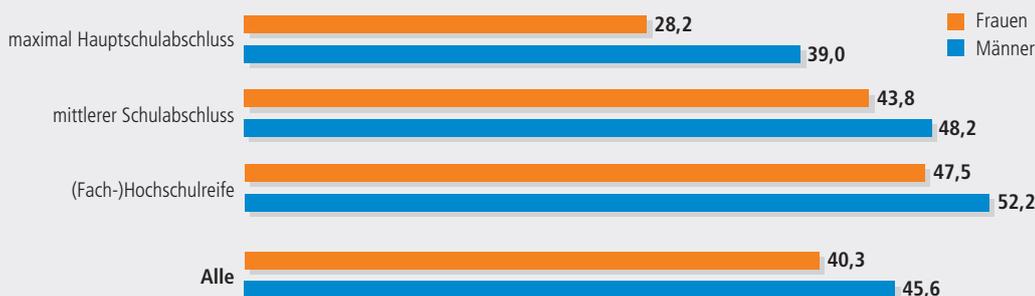
Für die kommende Tarifrunde des öffentlichen Dienstes in den Ländern stimmen sich ver.di, GdP und GEW ab. Das Forderungspaket der drei Gewerkschaften wird am 18. Dezember festgezurr. ●

● DIE DGB-GRAFIK

Junge Frauen haben bei der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz geringere Chancen auf ihren Traumjob als junge Männer. Dabei verfügen sie meist über bessere Schulabschlüsse. Das zeigen Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Ein Grund: Junge Frauen konzentrieren sich auf ein sehr kleines Spektrum von Berufen. Erfolgreich sind vor allem die Frauen, die ein Faible für Technik haben und sich auf eine Ausbildung in den männlich dominierten Bereichen Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung bewerben.

**Ausbildung: Frauen seltener im Traumjob**

Einmündungsquote von BewerberInnen für eine betriebliche Ausbildung nach Geschlecht und Schulabschluss (in Prozent)



Einmündungsquote von BewerberInnen in den favorisierten Ausbildungsberuf (in Prozent)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2014

© DGB einblick 2/14

● TERMINE

8.12. Friedrich-Ebert-Stiftung, Vorstellung „Fragile Mitte – Feindselige Zustände: Die FES-Mitte-Studie 2014: Ergebnisse, Ursachen, Konsequenzen“, Berlin

9.12. DGB-Region Mittelfranken, Diskussion „Die Verteilungsfrage als Schicksalsfrage der Demokratie? Die zunehmende Ungleichheit und ihre Wurzeln“, Nürnberg

10.12. Tag der Menschenrechte

DGB, Tagung „Recht auf Bildung! Bildungseinrichtungen auf dem Weg zur Interkulturellen Öffnung – Aufgaben der Kommunen“, Düsseldorf

10.12. EVG, Demonstration für den Erhalt der Deutsche-Bahn-Werke in Zwickau und Eberswalde, Berlin

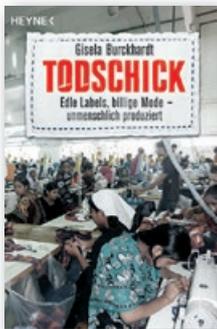
11.12. Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften, Universität Oldenburg u.a., Diskussion „Soziale Bewegungen in der Postdemokratie – EU neu begründen“, Oldenburg

11./12.12. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Seminar „Argumentationstraining gegen Vorurteile und Rassismus“, Trier

17.12. DGB, Familienpolitische Tagung „Arbeitszeiten familienbewusster gestalten! Gewerkschaftliche Perspektiven für die Zukunft“, Berlin

12.1.2015 DGB und Gewerkschaften, Aktions-tag Mindestlohn, bundesweit

● BUCHTIPP



**Gisela Burckhardt, Todschick: Edle Labels, billige Mode – unmenschlich produziert**, 240 Seiten, 2014, Heyne Verlag München, 12,99 Euro

„Todschick“ ist ein Buch über die schlechten und zum Teil lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Die Autorin Gisela Burckhardt zeigt, dass es ein Irrglaube ist, anzunehmen, dass Edelmarken wie Hugo Boss oder Tommy Hilfiger wesentlich bessere Konditionen bieten als die viel kritisierten Billigmarken.

Auch wenn sich viele Firmen mittlerweile zu mehr Verantwortung bekennen, sind die eingeführten Qualitätssiegel nicht wirklich stichhaltig. Vielmehr seien diese Labels vor allem ein Millionengeschäft für die Prüfgesellschaften, stellt Burckhardt fest.

Der **DGB** und das **einblick-Team** wünschen allen **Leserinnen und Lesern** erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr.

**IMPRESSUM** einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH  
**GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke  
**Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma  
**Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info  
**Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de  
**Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin  
**Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de  
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.  
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.  
**Die nächste einblick-Ausgabe erscheint am 12. Januar 2015**

● SCHLUSSPUNKT

„Jedes Auto, das solche Bremsen hätte, würde beim TÜV durchfallen.“

Renate Künast (Bündnis90/Die Grünen) kritisierte am 13. November im Bundestag die geplante Mietpreisbremse.

### Hartz IV

#### Jobcenter zahlt Fahrt zum Kind

Geschiedene Hartz-IV-EmpfängerInnen können vom Jobcenter die Übernahme der Fahrkosten für den Besuch ihres Kindes verlangen.

**Der Fall:** Der Hartz-IV-Empfänger übte sein Umgangsrecht als geschiedener Vater einer 10-jährigen Tochter aus, indem er sie alle vierzehn Tage am Freitagabend bei der rund 140 km entfernt lebenden Mutter abholte und sie am Sonntagnachmittag zurückbrachte. Wegen der Kosten für die mit seinem eigenen PKW durchgeführten Fahrten machte der Vater beim Jobcenter einen Mehrbedarf geltend.

**Das Bundessozialgericht:** Die Voraussetzungen für die Bewilligung eines Mehrbedarfs liegen vor, doch bei der Höhe bestehen Einsparmöglichkeiten. Die Kosten des Umgangsrechts müssen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls angemessen sein; der Leistungsberechtigte muss also die kostengünstigste und gleichwohl im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Schutz des Umgangsrechts verhältnismäßige sowie zumutbare Variante zur Bedarfsdeckung wählen. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist in diesem Fall angemessen, verhältnismäßig und zumutbar.

**Bundessozialgericht,**

**Urteil vom 18. November 2014 - B 4 AS 4/14 R**

### Pflegebranche

#### Mindestentgelt auch für Bereitschaft

Das Mindestentgelt nach der „Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche“ ist nicht nur für Vollarbeit, sondern auch für Arbeitsbereitschaft und Bereitschaftsdienst zu zahlen.

**Der Fall:** Die Arbeitnehmerin war bei einem privaten Pflegedienst als Pflegehelferin gegen ein Bruttomonatsentgelt von 1 685,85 Euro beschäftigt. Zu ihren Aufgaben gehörten Pflege und Betreuung von zwei Schwestern einer Katholischen Schwesternschaft, die beide an Demenz leiden und an den Rollstuhl gebunden sind. Neben den eigentlichen Pflegeleistungen oblagen der Arbeitnehmerin auch Tätigkeiten im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung der Schwestern. Die Pflegehelferin arbeitete in zweiwöchigen Rund-um-die-Uhr-Diensten, während derer sie verpflichtet war, an der Pflegestelle anwesend zu sein. Sie bewohnte in den Arbeitsphasen im Haus der Schwesternschaft ein Zimmer in unmittelbarer Nähe zu den zu betreuenden Schwestern. Diese nahmen täglich am gemeinsamen Mittagessen der Schwesternschaft und abends am Gottesdienst teil. Mit ihrer Klage hat sie eine Nachzahlung begehrt und geltend gemacht, das Mindestentgelt von – damals – 8,50 Euro je Stunde nach der einschlägigen Verordnung sei für jede Form der Arbeit zu zahlen. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

**Das Bundesarbeitsgericht:** Das Mindestentgelt ist „je Stunde“ festgelegt und knüpft an die vergütungspflichtige Arbeitszeit an. Dazu gehören Vollarbeit, Arbeitsbereitschaft und der Bereitschaftsdienst. In dieser Zeit muss sich der Arbeitnehmer an einem vom Arbeitgeber bestimmten Ort bereithalten, um im Bedarfsfalle unverzüglich die Arbeit aufzunehmen. Zwar kann dafür ein geringeres Entgelt als für Vollarbeit bestimmt werden. Von dieser Möglichkeit hat der Arbeitgeber aber keinen Gebrauch gemacht. Deshalb sind arbeitsvertragliche Vereinbarungen unwirksam, die für Bereitschaftsdienst in der Pflege ein geringeres als das Mindestentgelt vorsehen.

**Bundesarbeitsgericht,**

**Urteil vom 19. November 2014 - 5 AZR 1101/12**

### Hartz IV

#### Alleinstehende dürfen selbst waschen

Alleinstehende BezieherInnen von Hartz-IV-Leistungen haben Anspruch auf eine Erstausrüstung ihrer Wohnung mit einer Waschmaschine. Auf die Nutzung eines Waschalons müssen sie sich nicht verweisen lassen. Denn die dabei entstehenden Mehrkosten sind in der Regelleistung von 391 Euro nicht enthalten.

**Sozialgericht Dresden,**

**Beschluss vom 10. Oktober 2014 - S 20 AS 5639/14 ER**

### Gesetzliche Krankenversicherung

#### Kassenkarte mit Bild ist erlaubt

Die elektronische Gesundheitskarte mit Lichtbild und Chip verstößt nicht gegen das Recht der BürgerInnen auf den Schutz der persönlichen Daten. Sie ist in ihren gegenwärtigen und zukünftigen Pflichtangaben und Pflichtanwendungen durch überwiegende Allgemeininteressen gerechtfertigt.

**Bundessozialgericht,**

**Urteil vom 18. November 2014 - B 1 KR 35/13 R**

### Mitbestimmung

#### Auch bei einmaligen Sonderzahlungen

Bietet der Arbeitgeber seinen ArbeitnehmerInnen eine Einmalzahlung an, um einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung abzulösen, liegt darin eine Änderung der geltenden Entlohnungsgrundsätze, die der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegt.

**Bundesarbeitsgericht,**

**Beschluss vom 14. Januar 2014 - 1 ABR 57/12**

### Gewerkschaftszugehörigkeit

#### Arbeitgeber darf nicht danach fragen

Die Aufforderung eines Arbeitgebers an die in seinem Unternehmen beschäftigten ArbeitnehmerInnen, zu erklären, ob sie einer bestimmten Gewerkschaft angehören, kann die Koalitionsfreiheit der betroffenen Gewerkschaft unzulässig einschränken. Denn mit dieser Information könnte der Arbeitgeber eine Streikandrohung unterlaufen.

**Bundesarbeitsgericht,**

**Urteil vom 18. November 2014 - 1 AZR 257/13**

### Arbeitszeugnis

#### Für besser als Note 3 braucht es Beweise

Nach dem Gesetz haben ArbeitnehmerInnen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses Anspruch auf ein schriftliches Zeugnis. Sie können verlangen, dass sich die Angaben im Zeugnis auf Leistung und Verhalten im Arbeitsverhältnis erstrecken. Inhaltlich muss das Zeugnis der Wahrheit entsprechen. Mit der Formulierung, der Arbeitnehmer habe die ihm übertragenen Aufgaben „zur vollen Zufriedenheit“ erfüllt, erteilt der Arbeitgeber in Anlehnung an das Schulnotensystem die Note „befriedigend“. Verlangen ArbeitnehmerInnen vor Gericht eine bessere Schlussbeurteilung, müssen entsprechende Leistungen vorgetragen und gegebenenfalls bewiesen werden.

**Bundesarbeitsgericht,**

**Urteil vom 18. November 2014 - 9 AZR 584/13**